

Inhalt

Geleitwort	9
Danksagung	11
1. Einführung in die Thematik	13
1.1 Untersuchungsgegenstand und Betrachtungszeitraum	14
1.2 Untersuchungsansatz und Leitfragen	18
1.3 Forschungsstand und Quellenlage	21
2. Die Jahre der Weimarer Republik:	
 Zögerlicher Abschied vom monarchischen Obrigkeitsstaat	35
2.1 Die Geburt der ersten Demokratie in Deutschland	35
2.2 Der Magistrat	40
2.2.1 Unbesoldeter Magistrat	43
2.2.2 Besoldeter Magistrat	48
2.2.2.1 Von der Monarchie zur Republik	48
2.2.2.2 Städtische Verwaltungsspitze in den 1920er Jahren	54
2.2.2.3 Die „Oberbürgermeisterkrise“	56
2.3 Personalverwaltung und Sparmaßnahmen	62
2.3.1 Besoldung	62
2.3.2 Die Preußische Personalabbauverordnung	69
2.3.2.1 Rechtsnorm	69
2.3.2.2 Personalentwicklung	71
2.3.2.3 Personalabbau	79
2.4 Die statusrechtliche Stellung des Berufsbeamtentums	83
2.4.1 „Beamtengrundrechte“ der Reichsverfassung	84
2.4.2 Der Treueid	85
2.4.3 Rechte und Pflichten	88
2.4.3.1 Wechselstimmungen zur Reichweite	
der politischen Meinungs- und Gesinnungsfreiheit	88
2.4.3.2 Umstrittene Teilnahme am Volksbegehren gegen den Young-Plan	91
2.5 Republikanisierung und antirepublikanische Tendenzen	93
2.5.1 Monarchische Symbole – Sympathien für die Monarchie	94
2.5.1.1 Entfernung monarchischer Hoheitszeichen	94
2.5.1.2 Hohe Besuche und Beflaggung städtischer Gebäude	96
2.5.2 Sympathien für die NSDAP	100
2.5.2.1 Vermietung städtischer Einrichtungen	100

2.5.2.2	„Lieber eine Diktatur ... als den Tod Deutschlands durch den Parlamentarismus.“	102
2.6	Zusammenfassung: „Herzensmonarchisten“ und „Vernunftrepublikaner“ ..	105
3.	Die Zeit der NS-Diktatur:	
	Wiederherstellung oder Erosion des Berufsbeamtentums?	115
3.1	Die NSDAP auf dem Weg zur Monopolisierung der Parteienlandschaft	115
3.2	Die „Machtergreifung“ in Münster	119
3.2.1	Austausch der städtischen Verwaltungsspitze	122
3.2.2	Die nationalsozialistische Stadtleitung	130
3.2.2.1	Unbesoldete Stadträte	131
3.2.2.2	Besoldete Stadträte	135
3.3	Nationalsozialismus und Berufsbeamtentum	140
3.3.1	Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“	141
3.3.2	Anwendung des Berufsbeamtengesetzes	144
3.3.2.1	„Immer treu bereit für der Bürger Sicherheit!“	147
3.3.2.2	Spezielle Adressatengruppen des Berufsbeamtengesetzes	154
3.3.2.3	Bilanz der politischen Überprüfung	156
3.3.3	Weitere Entwicklung des Beamtenrechts: Vom Berufsbeamtengesetz zum Deutschen Beamtengesetz	159
3.4	Personalverwaltung und „Nazifizierung“	162
3.4.1	Personalentwicklung	162
3.4.2	Besoldung	165
3.4.3	Beeinträchtigung regimekritischer Verwaltungskräfte	168
3.4.4	Verschärfung der Diskriminierung von Juden	174
3.4.5	Förderung „bewährter“ Nationalsozialisten	177
3.4.5.1	Einstellung und Beförderung	179
3.4.5.2	Verbeamtung und finanzielle Besserstellung	183
3.4.5.3	Folgen und Grenzen der Förderung	186
3.5	Konsolidierung und Kompromisse	191
3.5.1	Indoktrinierung während der Dienststunden	193
3.5.2	Einfluß der Partei auf das Privatleben	200
3.5.3	Wiederverwendung entlassener Beamter	208
3.5.4	Beamtenpolitik während des Krieges	210
3.6	Zusammenfassung: Vom Staatsdiener zum Amtswalter der Partei	214
4.	Die Besatzungszeit und Gründerjahre der Bundesrepublik:	
	Wenig Reform und viel Tradition	233
4.1	Alliierte Besatzung und deutscher Neuanfang	233
4.2	Verwaltung und Vertretung der Stadt	239
4.2.1	Besetzung der Leitungsfunktionen	241

4.2.2	Stabilisierung der Verhältnisse und Ausbau der Verwaltung	249
4.3	Personalverwaltung und Wiederaufbau	254
4.3.1	Arbeitsbedingungen und besondere Anforderungen	254
4.3.2	Personalentwicklung und Besoldung	260
4.4	Die Entnazifizierung	265
4.4.1	Rechtsgrundlage	267
4.4.2	Politische Überprüfung der städtischen Dienstkräfte	269
4.4.3	Zwischen Selbstmord und Karriere	272
4.4.4	Probleme und Bewertung der Überprüfung	281
4.5	Die Regelung der Folgen von Nationalsozialismus und Krieg	294
4.5.1	Rechtsstellung der Beamten	295
4.5.1.1	Grundgesetz und Berufsbeamtentum	296
4.5.1.2	Beamtengesetzgebung und höchstrichterliche Entscheidung	299
4.5.1.3	Politische Betätigung und Meinungsfreiheit	300
4.5.2	Wiedergutmachung	303
4.5.2.1	Das Bundeswiedergutmachungsgesetz für Angehörige des öffentlichen Dienstes	303
4.5.2.2	Wiedergutmachung bei der Stadtverwaltung Münster	305
4.5.3	„Verdrängte“ Beamte	313
4.5.3.1	Das Bundesgesetz zu Artikel 131 GG	313
4.5.3.2	Anwendung des „131er-Gesetzes“	315
4.6	Zusammenfassung: Weder „Herzensnationalsozialisten“ noch „Herzensdemokraten“	319
5.	Epochenübergreifende Analyse und zusammenfassende Betrachtung	331
5.1	Die soziale und regionale Herkunft der politisch-administrativen Funktionselite	333
5.1.1	Verwaltungschef und politischer Repräsentant: Münsters Oberbürgermeister	333
5.1.2	Die Stadträte	339
5.1.3	Kurzfristige und langfristige Veränderungen im Rekrutierungsfeld	347
5.2	Personalpolitik und Personalverwaltung	349
5.2.1	Politische und konjunkturelle Einflüsse auf die Personalentwicklung	349
5.2.2	Konjunktur einer Norm: die „Zölibatsklausel“	353
5.3	Die politische Überprüfung	356
5.3.1	Kontrolle durch Bestätigungsanforderung	356
5.3.2	Durchführung der systematischen Überprüfung	360
5.4	Demokratie – Diktatur – Demokratie: Der Beamte dient dem Staat	361
5.4.1	Die Pflicht zur Staatstreue	362
5.4.2	„Ich schwöre, ...“	363

5.5	Zwischen Professionalität und Anpassung: Berufsbeamte und Verwaltungschamäleons	365
6.	Anhang	369
6.1	Tabellen	369
6.2	Abkürzungsverzeichnis	374
6.3	Quellen- und Literaturverzeichnis	377
6.4	Abbildungsnachweis	411
6.5	Verzeichnis der Tabellen	412
6.6	Verzeichnis der Graphiken	414
6.7	Personen- und Ortsregister	415